

VOM KALTEN KRIEG ZUM KRIEG GEGEN DEN TERRORISMUS NATO: EINE ALLIANZ FÜR DIE FREIHEIT

Von Cyril Capdevielle

Die NATO reformieren, um daraus ein Instrument im Dienste des Krieges gegen den Terrorismus zu machen, das ist der ehrgeizige Plan einer Denkfabrik unter dem Vorsitz von José-Maria Aznar. Er schlägt vor, die Organisation des Nordatlantikvertrages zu einer Kopie der Organisation der gegenwärtigen Kriegsmaschine der Vereinigten Staaten zu machen. Damit würde sich die Militärallianz gegen die Sowjets in eine militärisch-polizeistaatliche transnationale Agentur verwandeln.

Die « Fundación para el análisis y los estudios sociales » des ehemaligen spanischen Regierungschefs José Maria Aznar publiziert den Vorschlag einer Radikalreform der Atlantischen Allianz unter dem Titel „La OTAN una alianza por la libertad“ (Die NATO, eine Allianz für die Freiheit). Bekanntlich ist Aznar zusammen mit Vaclav Haverl einer der beiden europäischen Hauptvertreter der neo-konservativen Strömung, die heute in Washington an der Macht ist.

Nach Ansicht der Stiftung könnte die Organisation, die mit dem Fall der Sowjetunion ihre Daseinsberechtigung verloren hat, eine neue Legitimität gewinnen, indem sie im Kampf gegen den islamischen Terrorismus und die Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in Aktion tritt.

Der Terrorismus sei nur „die kriegerische Seite einer Offensive von viel größerer Tragweite gegen die freie und demokratische Welt“, das heißt, der Terrorismus sei das Vorspiel zum Zusammenprall der Zivilisationen. Die äußere Verteidigung der Mitgliedsstaaten erfolge damit über die innere Repression des Terrorismus.

Daher eine Strategie der inneren Sicherheit oder « Homeland Security » (englisch im Text), in Nachahmung des US-Modells und gerechtfertigt infolge der Überholtheit des Konzepts der traditionellen Territorialverteidigung bei einem militärischen Angriff gegen einen Mitgliedsstaat. Die terroristische Bedrohung, obgleich von außen kommend, bestehe im Innern der Mitgliedsstaaten selbst und richte sich künftig auf Ziele, die herkömmlicher Weise weniger geschützt seien, und die mehr Opfer fordern. Ferner schlossen die Terroristen nicht den Einsatz von atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen aus. Außerdem könnten sie im Cyberspace operieren.

Die Allianz sollte Treffen auf höchstem Niveau nicht nur der Außen- und Verteidigungsminister sondern auch der Innenminister der verschiedenen Mitgliedsstaaten abhalten. Ein Kommandozentrum gegen den Terrorismus sollte geschaffen werden. Es hätte als Mission, die Doktrinen, Konzepte und Technologien zu erarbeiten wie auch das notwendige Personal auszubilden und zur Verfügung zu stellen, um die Aufgaben des Antiterrorismus und Gegenterrorismus erfolgreich durchzuführen. Dieses gemeinsame Kommando wäre anstelle der nationalen Minister für die Verteidigungspläne gegen den Terrorismus zuständig. Es sollte die Entscheidungsbefugnis sowohl über die nationalen Streitkräfte als auch nationalen Polizeikräfte haben.

Im Bezug auf die Nichtverbreitung würde die NATO nicht an die Stelle der mit diesen Fragen befassten internationalen Organismen treten, müsste aber nichtsdestoweniger intervenieren und eine Aktionsstrategie definieren für den Fall einer Unfähigkeit des gegenwärtigen Systems, eine Krise zu meistern, und dies unter der Verantwortung des konterterroristischen

Kommandoentrums der NATO. Mit anderen Worten, die NATO sollte sich in Bereitschaft halten, an die Stelle der internationalen Gemeinschaft zu treten.

Eine der anderen vordringlichen Reformen sei das « Democracy Building » (der Aufbau der Demokratie). Die NATO wäre demnach gehalten, durch eine neue operationelle Kommandostruktur Operationen zur Aufrechterhalten des Friedens und des « Democracy Building » durchzuführen und dabei die zivilen und militärischen Aktivitäten zu koordinieren. Außerdem wird befürwortet, eine Assoziierung für die Freiheit nach dem Vorbild der gegenwärtigen Partnerschaft für den Frieden der NATO zu schaffen. Auf den Nahen und Mittleren Osten gerichtet, hätte sie die Mission, geeignete Maßnahmen zur ökonomischen Liberalisierung, zur Freiheit der Religionsausübung, zur politischen Öffnung und zur Demokratisierung dieser Länder umzusetzen, und dies « von Mauretanien bis Afghanistan » (das heißt in Brzezinkis früherem « Krisenbogen » oder George W. Bushs derzeitigem « Großen Mittleren Osten »).

Schließlich wird auch die Erweiterung der NATO angesprochen, wobei davon ausgegangen wird, dass sich diese auf die Ukraine und einige Kaukasusrepubliken erstrecken soll, aber auch auf Staaten wie Israel, Japan und Australien, die « unsere Werte und unsere Lebensform » teilen und gefestigte Demokratien sind. Die NATO würde damit « eine freie Vereinigung von demokratischen Ländern mit einer offenen und liberalen Lebensform auf der Grundlage der Marktwirtschaft, die religiöse Toleranz und die Achtung der Menschenrechte gewährleistet ».

Alles in allem besteht das Projekt von Aznar und seinen neo-konservativen Freunden darin, den Mitgliedsstaaten die national-staatliche hoheitliche Gewalt zu entziehen und sie in das US-Imperium zu integrieren, das gleichzeitig ihre äußere Verteidigung und ihre innere Ordnung kontrollieren würde. Die NATO würde ohne jegliche geographische Begrenzung in ein Vasallensystem übergehen, und ihre Mitgliedsstaaten würden zu Hilfswilligen der imperialen Expansion mit dem Ziel einer globalen Herrschaft. Soweit ein Bericht, der den Vorzug der Klarheit hat.

Übersetzung aus dem Französischen: Klaus von Raussendorff